



Bundestags- brief

Nr.293 • Die Woche im Bundestag • 25.06.2021



Ein Abschied und ein Neubeginn

Die letzte Sitzungswoche der 19. Legislaturperiode ist am heutigen Freitag zu Ende gegangen, und damit ist auch für mich ein persönlich sehr wichtiges Datum erreicht. Nachdem ich in den vergangenen rund 16 Jahren den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf im Deutschen Bundestag vertreten habe, werde ich bei den kommenden Bundestagswahlen am 26. September 2021 nicht erneut für die CDU Wuhletal antreten, sondern stattdessen mit den Freunden der CDU Reinickendorf um das Direktmandat kämpfen.

Mit der CDU Wuhletal habe ich in den vergangenen 16 Jahren viele Erfolge feiern können, die den Menschen in Marzahn-Hellersdorf das Leben leichter gemacht haben. Wir haben nicht nur für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gesorgt, sondern auch den Bau der TVO sowie die Realisierung der Ortsumfahrung Ahrensfelde auf den Weg gebracht. Wir haben Fördermittel des Bundes in dreistelliger Millionenhöhe für den Bezirk eingeworben und für Kita- sowie Schulneubauten gesorgt. Persönlich habe ich im Kreisverband Wuhletal viele Freundschaften geschlossen, die bleiben werden.

Leider war es mir nach meiner Nominierung als Bundestagskandidatin durch die CDU Reinickendorf im November 2020 wegen der lange geltenden Kontaktbeschränkungen fast unmöglich, vor Ort zu sein und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Deshalb freue ich mich, dass die sich nun entspannende Infektionslage es nun wieder ermöglicht, mich vor Ort zu informieren und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Denn ich möchte in den kommenden vier Jahren für die Menschen in Reinickendorf eine starke Stimme im Deutschen Bundestag sein und ihre Anliegen und Interessen wirkungsvoll in das Parlament einbringen.

Bundesgeförderte Kultureinrichtungen in Berlin öffnen ihre Pforten

In dieser Woche haben in Berlin endlich drei bundesgeförderte Kultureinrichtungen - nach coronabedingten Verzögerungen - ihre Türen öffnen können.

So wurde am 21. Juni 2021 im Rahmen eines Festakts das Deutsche Chorzentrum in Berlin Neukölln offiziell eingeweiht. Das sanierte und erweiterte Gebäude ist sowohl Sitz des Deutschen Chorverbandes (DCV) als auch seines Berliner Landesverbandes und weiterer Partner. Als Begegnungs- und Bildungszentrum für die gesamte Chormusikszene Deutschlands soll das Haus künftig zur Kreativzentrale für Projekt- und Programmentwicklung werden.

Am 23. Juni 2021 wurde das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin eröffnet. Es ist ein einzigartiger Lern- und Erinnerungsort, der die so bedeutende Frage beleuchtet, welche Ursachen zu Flucht und Vertreibung führen, und was dieses Schicksal für die Betroffenen bedeutet.

Schließlich wird am kommenden Sonntag, 27. Juni 2021, auch die Kinderwelt „Anoha“ im Jüdischen Museum Berlin ihre kleinen Besucher empfangen. In der Kinderwelt Anoha erleben die Kinder einen Spielplatz des Miteinanders. Die Ausstellung orientiert sich frei an der Geschichte der Arche Noah. Während in der Geschichte Noah derjenige war, der alle Tierarten vor der Sintflut rettet, sind hier die Kinder in der Rolle der Retter. 150 Tierskulpturen warten darauf, an Bord geholt zu werden. Spielerisch werden den Kindern Offenheit und Respekt im Umgang miteinander vermittelt: Dürfen nur die Lieblingstiere mit auf die Arche oder hat jedes Tier in seiner Unterschiedlichkeit seinen Platz?

Mit dieser Ausstellung wird das Jüdische Museum Berlin einmal mehr seinem Ruf als Ort der Begegnung von Generation, Religionen und Kulturen gerecht.

Wichtige Entscheidungen in der letzten Sitzungswoche der 19. Legislaturperiode

Am heutigen Freitag endet die letzte Sitzungswoche der 19. Legislaturperiode und der Deutsche Bundestag hat noch einmal eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst.

Dazu gehört unzweifelhaft auch die Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes, das die Weichen stellt damit Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral wird. Mit den Änderungen werden die Jahresemissionen für die einzelnen Sektoren für die Jahre 2023 bis 2030 neu festgelegt. Mit dieser ambitionierten Klimaschutzpolitik trägt Deutschland dazu bei, die globale Erwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag ein klares Zeichen gegen Verrohung im Netz gesetzt: Bisher konnten so genannte Feindeslisten, mit denen politisch missliebige Personen gekennzeichnet werden, straflos im Internet veröffentlicht werden. Damit nehmen zumeist Rechtsextreme politische Gegner ins Visier. Auch der ermordete Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke stand auf einer solchen Liste. Mit einem neuen Gesetz, dass das Parlament in der aktuellen Sitzungswoche beschlossen hat, werden Feindeslisten endlich strafbar.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein der letzten Sitzungswoche war der Beschluss des „Gesetzes für faire Verbraucherverträge“: Verbraucher werden zukünftig deutlich besser vor unfairen Verträgen und Kostenfallen geschützt. Die Kunden können auch weiterhin frei entscheiden, ob sie sich langfristig, aber dafür preisgünstig binden wollen, oder lieber eine höhere Flexibilität und dafür einen höheren Preis in Kauf nehmen möchten. Außerdem wird auf Initiative der Union ein verpflichtender Kündigungsbutton eingeführt, der es ermöglicht, elektronisch geschlossene Verträge auch unkompliziert mit wenigen Klicks zu kündigen.

Der Gesetzgeber hat sich auch dem Problem des Stalkings gewidmet, für das in den vergangenen Jahren beständig mehr Anzeigen (2019: 28.653 Anzeigen) eingegangen sind, und bei dem Experten von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgehen. Jetzt sorgt der Bundestag dafür, dass Betroffene im Internet künftig besser geschützt werden.

Durch ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches wird der Straftatbestand der Nachstellung praxistauglicher ausgestaltet, damit die Opfer auch wirklich besser geschützt werden. Durch die Strafverschärfungen können Täter nun schneller in Untersuchungshaft genommen werden. Auch heimliche Nacktaufnahmen etwa in der Sauna oder im FKK-Bereich werden zukünftig unter Strafe gestellt.

Bereits im September 2019 verabschiedete das Bundeskabinett das Aktionsprogramm Insektenschutz, das nun durch eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes umgesetzt wird. Das sog. Insektenschutzgesetz hat das Ziel, die zentralen Ursachen des Insektensterbens zu bekämpfen und die Lebensbedingungen für Insekten wieder zu verbessern. Der Unionsfraktion war wichtig, dass dies nicht zu Lasten der Landwirtinnen und Landwirte geht. Durch einen Erschwernisausgleich werden zukünftig betroffene landwirtschaftliche Betriebe finanziell unterstützt.

Geburtenzahl im März um 10 Prozent gestiegen gegenüber März 2020

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind im März 2021 5900 mehr Geburten erfolgt als im März 2020. Auch schon im Februar war eine leichte Zunahme an Geburten zu verzeichnen. Dieser Anstieg kann in einen zeitlichen Zusammenhang mit dem Abflachen der ersten Corona-Welle im Mai 2020 gebracht werden, das wurde auch in anderen europäischen Ländern so beobachtet.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Big Data verdoppelt die Genauigkeit von Getreide-Erträgen

Stabile Getreideerträge sind bei wandelnden klimatischen Bedingungen und wachsender Weltbevölkerung essenziell. Ein Forschungsteam unter Führung des IPK Leibniz-Institutes konnte umfangreiche Datensätze zusammentragen, mit denen die Vorhersagegenauigkeit für Getreideerträge verdoppelt werden konnte. Dazu wurden Daten aus mehr als 13.000 Genotypen, die in 125.000 Ertragsparzellen geprüft wurden, analysiert.

(Quelle: Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung)